

## Haselbeck, Sebastian

---

**Von:** Schübler, Jana  
**Gesendet:** Montag, 28. August 2017 13:10  
**An:** VII3\_  
**Cc:** RegO1; Kreutzer, Anett  
**Betreff:** WG: Beteiligung von Verbänden vor der Veröffentlichung von Stellungnahmen im Internet

[O1-15016/1#34](#)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

unten stehende **Einverständniserklärung** zur Veröffentlichung einer Stellungnahme zum „Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung“ übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

---

Im Auftrag  
Jana Schüssler  
Bundesministerium des Innern  
Sachbearbeiterin im Referat O1  
Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;  
Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Tel.: 030 18681-11919  
E-Mail: [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de)  
E-Mail (persönlich): [Jana.Schuessler@bmi.bund.de](mailto:Jana.Schuessler@bmi.bund.de)

---

**Von:** Bundesgeschäftsführer DGVB [<mailto:bundesvorstand@dgvb.de>]  
**Gesendet:** Freitag, 25. August 2017 10:58  
**An:** O1\_  
**Betreff:** Re: Beteiligung von Verbänden vor der Veröffentlichung von Stellungnahmen im Internet

Sehr geehrte Frau Jost,

mit der Veröffentlichung der in Ihrer Mail genannten Stellungnahme sind wir einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen  
Detlef Hüermann

Deutscher Gerichtsvollzieher Bund e.V.  
Detlef Hüermann  
Bundesgeschäftsführer  
Mercatorstraße 3 \* 59069 Hamm  
Tel. +49 2381/52543 \* Fax +49 2381/53950  
mobil +49 162/4542978  
[bundesvorstand@dgvb.de](mailto:bundesvorstand@dgvb.de)  
[www.dgvb.de](http://www.dgvb.de)

Am 23.08.2017 um 15:01 schrieb [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de):

[O1-15016/1#34](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie wurden innerhalb der laufenden 18. Legislaturperiode auf Grundlage von § 47 Absatz 3 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) zu **dem Gesetzgebungsverfahren „Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung“** beteiligt. Ich beabsichtige nunmehr, die mir dazu eingegangenen Stellungnahmen im Internet zu veröffentlichen. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in der jeweiligen Stellungnahme enthalten sind.

Sofern Sie **mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten in Ihrer / Ihren Stellungnahme(n) nicht einverstanden** sein sollten, bitte ich Sie, die jeweilige Stellungnahme mit entsprechenden Schwärzungen zu versehen und mir diese in einem PDF-Format erneut zu übermitteln.

Sollten Sie mit der **Veröffentlichung der Stellungnahme(n) als solcher nicht einverstanden sein**, können Sie auch der Veröffentlichung insgesamt widersprechen. In diesem Fall wird auf meiner Internetseite lediglich vermerkt, dass von Ihnen zu dem jeweiligen Gesetzgebungsvorhaben eine Stellungnahme übermittelt wurde.

Soweit ich von Ihnen bis zum 6. September 2017 keine gegenteilige Nachricht erhalte, erlaube ich mir davon auszugehen, dass Sie mit der vorgesehenen Veröffentlichung der von Ihnen übermittelten Stellungnahme(n) einverstanden sind.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen telefonisch unter der Rufnummer 030 18681-11919 und per Email unter [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Tanja Jost

---

Bundesministerium des Innern  
Referatsleiterin O1  
Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;  
Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
E-Mail: [O1@bmi.bund.de](mailto:O1@bmi.bund.de)